Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 25. Dienstag, den 30. Januar 1849.

Berlin, vom 28. Januar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den bisherigen außerordentlichen Professor bei der Universität in Jena, Dr. Adolph Schmidt, zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität zu Greifswald zu ernennen.

Deutschland.

Stettin, 30. Januar. Die gestern statt gefundenen Wahlen zur ersten Kammer haben folgendes Resultat ergeben:

Im 1sten Wahlbezirk: Kaufmann Fretzdorff, General-Consul Lemonius, Landschaftsrath v. Ramin.

Im 2ten Wahlbezirk: Kaufmann Theune, Kaufmann Wegener, Prof. Hering.

Im 3ten Wahlbezirk: Medizinalrath Behm, Justizrath Krause, Ober-Landesgerichtsrath Krätschell.

Im 4ten Wahlbezirk: Justizrath v. Dewitz, Stadtrath Cochoy, Kaufmann Picht.

Im 5ten Wahlbezirk: Major Lenz, Medizinalrath Steffen, Kaufmann Ludendorff.

Im 6ten Wahlbezirk: Stadtrath Moritz, Kaufmann G. Wellmann, Prediger Jonas.

Sowohl der Ausfall der Wahlen, als auch die Ruhe und Ordnung bei den Wahlversammlungen selbst gab Veranlassung, daß sich die Urwähler an mehreren Orten vereinigten, um diesen Wahltag festlich zu begehen.

Berlin, 28. Jan. Die Königliche Regierung hat an alle ihre bei den deutschen Regierungen beglaubigten Missionen folgendes Cirkulair erlassen:

Die Verhandlungen der im April des vergangenen Jahres zum Zweck der Begründung einer neuen Verfassung für Deutschland nach Frankfurt a. M. berufenen deutschen National-Versammlung nähern sich dem Zeitpunkt, in welchem die deutschen Staaten sich über das Resultat der Arbeiten der Versammlung auszusprechen haben werde.

Zur Zeit des Zusammentritts derselben war die begonnene Revision der Bundes-Verfassung nicht so weit gediehen, daß es den deutschen Regierungen möglich gewesen wäre, einen gemeinsam verabredeten Verfassungs-Entwurf der Versammlung vorzulegen und vor derselben zu vertreten. Die Versammlung befand sich in der Nothwendigkeit, selbstständig das Verfassungswerk anzugreifen, und sowohl die Passivität der Regierungen, wovon Viele ihre ganze Kraft durch innere Angelegenheiten in Anspruch genommen sahen, — als die greifbare Schwierigkeit der Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Staaten mochten dazu mitwirken, die Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung hoch zu steigern. Auch die Königliche Regierung hat geglaubt, der Lage, worin sich die deutschen Staaten, gngenüber einer aus der Gesammtheit der Nation auf gesetzlichem Wege erwählten Versammlung befanden, großes Gewicht beilegen zu müssen; sie hat geglaubt, die äußersten Anstrengungen machen zu sollen, um einer Versammlung, der die Regierungen einen positiven Vorschlag nicht vorgelegt hatten, nicht durch Negation entgegenzutreten; sie hat geglaubt, die deutsche Nation sei zu der Forderung berechtigt, daß der Versuch, auf dem von den deutschen Regierungen theils gesetzlich angebahnten, theils zugelassenen Wege zur Einigung zu gelangen, möglichst vor äußeren Hemmungen geschützt werde. Auf diesen Punkt hat die Regierung, nachdem ihr im Monat Juli gemachter Vorschlag zur Gewinnung der Grundlagen einer kollektiven Vertretung der Regierungen gescheitert war, nachdem auch andere Versuche, auf den Weg der Verständigung zu leiten, erfolglos blieben, ihr vorzüglichstes Augenmerk gerichtet, und zugleich, während sie ohne Zögern bereit war, für einige Zeit von der ausführenden Gewalt des Bundes zurückzutreten und deren Uebertragung auf Se. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu genehmigen, mit nicht geringerer Hingebung und oft mit Selbstverleugnung die Centralgewalt Deutschlands durch die Macht und die Mittel Preußens gestützt und getragen. Der Zweck ist erreicht worden; die National-Versammlung zu Frankfurt hat sich beinahe acht Monate hindurch in freier Bewegung ihrer Verfassungs-Arbeit widmen dürfen, und indem diese Arbeit anscheinend ihrem Ende naht, wird jede deutsche Regierung den Beruf fühlen, dahin zu wirken, daß sie zu einem glücklichen Ergebniß führe, und daß ein mögliches Fehlschlagen dieser Hoffnung nicht einem Verschulden der Regierungen beigemessen werden könne. Die preußische Regierung darf sich der Hoffnung überlassen, vor einem solchen Vorwurf gesichert zu sein; allein sie ist sich sehr wohl bewußt, daß ihre alleinige Zustimmung nicht ausreicht, eine Umgestaltung der deutschen Verfassung in das Leben zu führen, und daß das Scheitern des großen Zweckes nicht minder zu beklagen wäre, wenn auch zweifellos feststände, daß er nicht an Preußen gescheitert sei.

Durch diese Betrachtung bewogen, würde die Regierung vielleicht schon früher dazu übergegangen sein, die Vorbereitung der in einiger Frist von den Staaten des deutschen Bundes erwarteten Erklärungen in Vorschlag zu bringen. Allein eine bedeutungsvolle Entwickelungs-Periode des eigenen Staates traf zusammen mit einer entscheidenden Wendung der inneren Zustände Oesterreichs, welches, als das mächtigste Glied des Bundes, zu einer Initiative um so mehr berufen war, als die europäische Stellung und der hohe Beruf des österreichischen Kaiserstaates, verbunden mit der eingeschlagenen central-konstitutionellen Richtung, ihm das Eingehen in manche jener bundesstaatlichen Bestimmung erschweren mußten, in welchen die National-Versammlung zu Frankfurt am Main den Ausdruck eines gemeinsamen Verlangens der deutschen Nation gefunden zu haben glaubte. Der österreichische Staat ist mit alten Banden an Deutschland gekettet, und er hat ihnen in der bewegtesten Zeit des vergangenen Jahres eine neue Innigkeit verliehen, indem ein Fürst des österreichischen Kaiserhauses die Leitung der Angelegenheiten Deutschlands übernahm. Seinerseits kann das übrige Deutschland auf die alte Verbindung mit Oesterreich nicht verzichten, und am wenigsten hätte die preußische Regierung einen auf Ablösung der bisher bestandenen Bande beruhenden Plan bevorworten können, vielmehr war es für sie unerläßlich, die Absichten der Kaiserlich österreichischen Regierung in Bezug auf die Verfassung Deutschlands nach der wiedergewonnenen festeren Gestaltung der inneren Zustände im österreichischen Kaiserstaate zu kennen.

Mit hoher Befriedigung sieht die Königliche Regierung nunmehr festgestellt, daß Oesterreich, mit uns den deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwickelung theilnehmen will und zu einer Verständigung darüber mit der Nationalversammlung uud den übrigen Regierungen Deutschlands bereit ist. Diese Verständigung wird jedenfalls der Art sein müssen, daß in ihr weder die Bestrebungen des Kaiserstaats in seinem ganzen Länder-Komplexe zu einer kräftigen, dem inneren Bedürfniß desselben genügenden Konstituirung zu gelangen, noch die Bestrebungen Deutschlands, die auf die Darstellung eines dem Auslande gegenüber einheitlich verbundenen politischen Körpers, so wie auf die Verschmelzung der kommerziellen und materiellen Interessen, und eine möglichste Ausgleichung der inneren Gesetzgebnng gerichtet sind, ein Hinderniß finden. Es ist von der Kaiserlich österreichischen Regierung zu erwarten, daß sie auch hierzu nach Kräften die Hand bieten und auch bei der Gestaltung der inneren Verhältnisse jener Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde. Wenn sie indeß glauben sollte, an der eben angedeuteten Entwickelnng Deutschlands nicht in vollem Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetäts-Rechte zu Gunsten einer kräftigen Central-Gewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfnng der Interessen auf ihre deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich einerseits nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüber ständen, und daß andererseits den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammt-Bevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundes-Regierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behanptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ansübung das österreichische Bundes-Gebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre. Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse.

Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwickelung des Deutschen Bundes, — Oesterreich, so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen, — als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammentritte der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate, inuerhalb des Bundes. So wie innerhalb des Bundes der Zollverband, nicht nur einen engern Verein für Handel, Gewerbefleiß und Verkehr darstellend, sondern auch die Wurzelnn zu einer gemeinsamen handelspolitischen Vertretung nach außen in sich tragend, entstehen und bestehen kounte, ohne den Bund selbst und das Verhältniß zwischen den dem Zollvein angehörenden und den demselben nicht angehörenden Bundesgliedern zu stören, so kann auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein unter der Mehrzahl der Bundesglieder geschlossen werden und innerhalb des Bundes bestehen.

Die Königliche Regierung erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betretenen Wege fortzuschreiten.

Zu dem Ende wird zu geneigter Erwägung der Vorschlag anheimgegeben, daß die deutschen Regierungen der National-Versammlung zu Frankfurt a. M. durch das Reichs-Ministerium vor der zweiten Berathung über die Theile der entworfenen Verfassung, welche die Titel: „Das Reich und die Reichsgewalt", „der Reichstag", „das Reichs-Oberhaupt", „der Reichsrath" führen, Erklärungen über den Inhalt, wie er nach der ersten Berathung festgestellt worden, zur Erwägung übergeben wollen.

Wir glauben, daß dieser Vorschlag sich sowohl den deutschen Regierungen als der National-Versammlung empfehlen werde, da wir auf beiden Seiten das ernstliche Bestreben voraussetzen, zu einer redlichen Verständigung zu gelangen. Die Stellung, welche die letztere zu dem Verfassungswerk einnimmt, ist im Eingange angedeutet worden. Die meisten deutschen Regierungen hingegen haben niemals auf das Recht der Zustimmung verzichtet, und insbesondere ist dies von Preußen nicht geschehen. Wollte man diesen Gegensatz noch jetzt auf die Spitze treiben, so ist es wohl Niemandem zweifelhaft, daß nicht allein das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern auch das deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwickelung gehemmt werden würde. Je fester daher ein deutscher Staat entschlossen wäre, an dem Rechte der Zustimmung festzuhalten, je mehr er befürchten könnte, dieselbe versagen zu müssen, um so lebendiger dürfte sich ihm die Verpflichtung aufdringen, sich nicht auf die nachträgliche Negation zu beschränken, sondern die Bedenken und Abänderungs-Vorschläge rücksichtlich der vorläufigen Beschlüsse zur Kenntniß der National-Versammlung zu bringen und derselben zu deren reiflicher Erwägung vor der zweiten Beschlußfassung Gelegenheit zu geben. Und wenn wir auf der anderen Seite sehen, wie selbst die das Vereinbarungs-Recht im Prinzip am entschiedensten bestreitenden Fraktionen der National-Versammlung doch die Herbeiführung einer Uebereinstimmung mit den Regierungen als wünschenswerth erkennen: so dürfen wir hoffen, daß die Versammlung selbst, eingedenk ihrer Würde und ihrer Pflicht gegen das gesammte Vaterland, durch ein gleiches freundliches Entgegenkommen auf dem Wege der Verständigung jenem gefährlichen Gegensatze die Spitze abbrechen werde.

Die Königliche Regierung glaubt daher mit diesem Vorschlage um so mehr den Wünschen der deutschen Regierungen entgegenzukommen, als sie fest überzeugt ist, daß das wahre Interesse der Regierungen mit den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes Hand in Hand geht. Sie darf daher auch hoffen, daß, wenn auch die Ansichten in einzelnen Punkten auseinander gehen mögen, doch bei dem bei allen Regierungen vorausgesetzten deutschen Sinn und der Gemeinsamkeit der Interessen in den wesentlichsten Stücken Uebereinstimmung herrschen werde. Der Gewinn wird um so größer sein, je mehr die Staaten sich gleichmäßig aussprechen; und indem die Königliche Regierung dazu die Hand bietet, erwartet sie ein gleich vertrauensvolles Entgegenkommen von den anderen deutschen Regierungen.

Sie hat ihren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. mit umfassenden Instruktionen zu diesem Zweck versehen, und indem sie der Ansicht ist, daß jener Ort für alle Regierungen den geeignetsten Mittelpunkt der Verständigung bilden werde, so stellt sie das Ersuchen an dieselben, dorthin baldmöglichst ihre Bemerkungen und eventuellen Vorschläge auf geeignetem Wege gelangen lassen zu wollen, da sie eine baldige Besprechung und Verständigung im Interesse des gesammten Deutschlands für höchst wünschenswerth halten muß.

Ew. 2c. wollen die hier ausgesprochenen Erwägungen und Vorschläge der 2c. Regierung vorlegen und zu der, der Wichtigkeit der Sache gemäßen Berücksichtigung empfehlen.

Zugleich aber wollen Ew 2c. nicht unterlassen, die 2c. Regierung über die wahren Gesinnungen der noch neuerdings vielfach angefochtenen Regierung Sr. Majestät aufzuklären. Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die deutsche Verfassung sich gestalte, keinen anderen Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Es wird dabei eben so gern Allem entgegen kommen, was ohne Gefährdung des gemeinsamen Zweckes, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geeignet ist. In Folge dieser Gesinnung kann ich es schon jetzt Ew. 2c. aussprechen, daß Se. Majestät der König und Höchstdessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sei; daß wir vielmehr befürchten müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunkts der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammt-Entwickelung vollständig befriedigt werden könnte.

Wir glauben im Interesse der Sache einer baldigen Ewiderung der 2c. Regierung auf diese Mittheilung entgegensehen zu dürfen.

Berlin, den 23. Januar 1849.

(gez.) Bülow.

Berlin, 26. Januar. (Wen wählen wir zum Abgeordneten?) Wen wählen wir zum Abgeordneten? Soll es ein Mann von der Rechten oder vom Centrum, oder von der Linken sein? Darauf ist meistentheils — und zwar bei vernünftigen Leuten — die Antwort: die Rechte sagt zu Allem „Ja", die Linke sagt zu Allem „Nein"; wir wollen einen Abgeordneten, der, wie die Wahrheit fordert, „Ja" oder „Nein", folglich können wir nur einen Mann vom Centrum brauchen. Dies genau zu betrachten und zu prüfen, ist eine dringende Angelegenheit. Denn es stecken darin die folgenreichsten Irrthümer und das, was richtig daran ist, wird von Vielen wegen des Unrichtigen verworfen.

1) Es giebt Männer, die zu Allem, was die Regierung vorschlägt oder meint, immer „Ja" und „Amen" sagen, die sich stets immer auf die Rechte setzen, gleichviel wie die Zeiten sind und wer auf der Linken Platz nimmt; es giebt Männer, welche nach ihrem besten Gewissen nur das Bestehende vertheidigen, mag nun das Bestehende werth sein, daß es fortbestehe oder nicht. Diese Männer verdienen zwar den Namen „Reaktionäre" nicht, denn sie halten an dem, was einmal Gesetz ist, unerschütterlich fest; aber sie sind vor den Gefahren, welche mit Neuerungen allerdings verbunden zu sein pflegen, so scheu, daß sie sich jeder Neuerung widersetzen. Daher, mag Minister sein wer wolle, sie stimmen für die Regierung, um nur ihre Kraft nicht zu vermindern.

2) Es giebt Männer, die zu Allem, was die Regierung vorschlägt oder meint, immer „Nein" und noch einmal „Nein" sagen, die sich stets auf die Linke setzen, gleichviel wie die Zeiten sind und wer auf der Rechten Platz nimmt. Diese Männer greifen jedes Bestehende an, ob es nun würdig sei fortzubestehen oder nicht. Mag Minister sein, wer wolle, sie stimmen ohne Weiteres gegen die Regierung, als ob die Stärke der Regierung das Volk benachtheilige.

3) Es giebt endlich Männer, die weder zu Allem „Ja", noch zu Allem „Nein" sagen mögen, die aber meinen, die Wahrheit liege stets in der Mitte, die sich stets in das Centrum setzen, gleichviel wie die Zeiten sind und wer rechts oder links Platz nehme, die von vorneherein „Centrum" zu sein wünschen. Die untauglichste Regierung kann bei dem Centrum Unterstutzung finden; die vorzüglichste Regierung kann sich oft auf ein solches absolutes Centrum nicht verlassen. Wenn rechts behauptet wird, zweimal zwei sei vier, und links behauptet wird, zweimal zwei sei sechs, so geben diese Männer vom Centrum gewiß der Linken Unrecht, aber sie geben der Rechten darum auch nicht Recht; die Wahrheit liegt in der Mitte, zweimal zwei ist fünf! Diese Männer, die durchaus niemals zur Linken und niemals zur Rechten gehören wollen, stimmen denn bald mit der Linken, bald mit der Rechten und, weil irren menschlich ist, oft mit der Rechten, wenn die Linke Recht hat und umgekehrt.

Was ergiebt sich aus diesen drei Erwägungen? daß Männer, die zu jeder Zeit und unter allen Umständen auf der Rechten oder auf der Linken, oder niemals auf einer von beiden Seiten, sondern immer im Centrum ihren Platz suchen, einer politischen großen Aufgabe, welche zu lösen ist, keineswegs gewachsen sind.

Wen wählen wir denn zum Abgeordneten, wenn die Männer von rechts, von links, vom Centrum es nicht verdienen? Möchten wir nicht mißverstanden werden; wir meinen Solche, welche nicht nach politischen Grundsätzen und der Zeit gemäß ihre Partei wählen, oder, wenn sie nicht vorhanden ist, bilden, sondern welche stets und immer etwas bejahen oder verneinen, oder schwanken. Wir hoffen uns wohl verständlich zu machen.

Wenn solche ewig und immer Rechten, ewig und immer Linken oder ewig und immer in der Mitte Lavirenden nicht die geeigneten Männer sind, dann ist auch unsre, der Wählenden, Frage durchweg verkehrt, ob wir einen Mann der Rechten, des Centrums oder der Linken wählen sollen. Es giebt aber so verkehrte Fragen, daß es darauf keine vernünftige Antwort giebt, als: „frage vernünftiger!"

Sind wir darüber einig, daß unter Umständen und in bestimmten politischen Konjunkturen der Mann unsrer Wahl nur auf der Linken, und unter andern Umständen und in andern politischen Konjunkturen nur auf der Rechten, und in einem Kampfe von Extremen nur in einem nothwendig dann zu bildenden Centrum sitzen müßte, sind wir darüber einig, daß wir erst die politische Lage unsres Landes ins Auge fassen müssen, ehe wir rechts oder links, oder in die Mitte steuern, dann fragen wir vernünftiger als oben gefragt wurde: Welches ist in der Gegenwart und ins besondere in den zu eröffnenden Kammern die Rechte und welches ist die Linke? endlich ist ein Kampf wirklicher Extremen vorhanden oder ist ein Centrum von vornherein völlig überflüssig und nur eine sich so nennende Abtheilung der Linken oder der Rechten?

Es handelt sich darum, ob die politische Fortentwickelung in Preußen auf reformatorischem Wege oder in revolutionärer Weise vor sich gehen soll.

Fassen wir dies hauptsächlichste Interesse scharf ins Auge, so werden die immerwährenden Centrums-Männer sagen, die Rechte will keine Fortentwickelung oder Rückschritte gar, die Linke will die revolutionäre Fortentwickelung; das Centrum will Fortentwickelung, doch auf gesetzlichem Wege. Das ist eine durchaus verkehrte und auf jenen beschränkten Vorurtheilen beruhende Anschauung der Dinge. Hier giebt es nur eine Rechte und eine Linke, nur ein Ja und ein Nein. Die Fortentwickelung der politischen Zustände läßt sich nicht hemmen, es giebt nur in der Einbildung eine solche Rechte, welche den Stillstand oder Rückschritt will. Wir wollen nicht leugnen, daß Menschen genug solche Wünsche hegen mögen. Doch der politischen Parteien giebt es jetzt nur zwei; die eine will den gesetzlichen Fortschritt; das ist die Rechte; die andere will den revolutionären Fortschritt; das ist die Linke.

Der gesetzliche Fortschritt, welcher eine Zeit lang zum allgemeinen Spott gereichte — doch weshalb? weil gar keine Möglichkeit vorhanden schien, so vorzuschreiten, weil alle Reformen und Verbesserungen behindert waren, — ist gegenwärtig durchaus ungehemmt und hat kein anderes Hinderniß zu bekämpfen, als die Gesetzlosigkeit, welche sich ihm entgegenwirft. Die Vertreter des Volks haben entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung. Der gesetzliche Weg des Fortschritts ist in diesem Fall der volksthümliche Weg. Die Parthei, welche den gesetzlichen Fortschritt will, ist für jetzt die wahrhaft volksthümliche Parte. Das ist die Rechte. Wir stehen auf dieser Seite.

Diejenigen, welche weder den gesetzlichen Fortschritt, noch den Fortschritt und die innere Vervollkommnung unseres politischen Lebens überhaupt wollen, haben eigentlich gar keinen Platz in den Kammern: sie könnten sich mit demselben Rechte links, rechts und ins Centrum setzen, sie gehören nirgend dahinein. Die Partei, welche die Rechte heißt, hat mit ihnen nichts gemein; denn sie will den gesetzlichen Fortschritt, sie will die politische Reformation.

Die „Linke", das ist in diesen unseren Tagen eine andere Linke, als sie z. B. auf dem vereinigten Landtage gewesen ist. Jene war im Grunde dasselbe, was jetzt die Rechte ist; nur daß jetzt die Rechte größere Güter der Freiheit vertheidigt, als damals die Linke erstrebt hat. Jene Linke des vereinigten Landtags war die reformatorische Partei, die Partei des Rechts, des gesetzlichen Fortschritts. Die Linke von Heute, das ist die Partei der Revolution, des Fortschritts über Schutt und Trümmer.

Wo giebt es dazwischen eine Mitte? Giebt es ein Centrum, das weder die Reformation noch die Revolution will? das weder den gesetzlichen, noch den gesetzlosen Fortschritt im Schilde führt? das halb reformatorisch, halb revolutionär ist?

Hier giebt es kein Drittes! aut — aut! Entweder — Oder! Die Wahlmänner haben gar kein Centrum vor Augen, sondern nur eine Rechte, nur eine Linke. Sie werden entweder einem Abgeordneten ihre Stimme geben, welcher die Reformation des politischen Lebens in Preußen, den gesetzlichen, verfassungsmäßigen Fortschritt aufrichtig vertritt, das heißt also einen Mann von der wahrhaften Rechten wählen; oder einem Abgeordneten zum Siege verhelfen, welcher den gesetzlichen Weg verschmäht und die Sache der Revolution vertritt, das heißt einen Mann von der Linken.

Aber deuten wollt ich noch, warum der Name „Centrum" mit Unrecht genannt wird. Denn die Männer von der wahrhaften Rechten sind nicht Solche, wie wir oben schilderten, die zu Allem und Jedem „Ja" sagen, nicht solche, die jedes Bestehende, auch wenn es keinen innern Bestand hatte, vertheidigten, aber die das für gut erkannte Bestehende bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen, und das schlechte Bestehende nicht anders als durch Gesetze stürzen und entfernen. — Und noch Eins: nicht nur die Männer, welche zu Allem „Nein" sagen und ewig links stehen, sind unsere Gegner, sondern diejenigen vor Allen, welche jetzt das verneinen, was wir bejahen, mögen sie sonst links oder rechts gestanden haben. —

Reform oder Revolution? Rechts oder links? Ein Drittes ist schlechterdings nicht da. Bekennen sich denn alle Gegner der Revolution zu dieser reformatorischen und aller Ehrenwerthen „Rechten"! Und ihr Wähler des Königreichs bedenkt Euch nicht; wenn Ihr jetzt links wählt, so wählt Ihr die Revolution in die zur Reform der Verfassung berufenen Kammern!

P.-C.

Berlin, 26. Jan. Der Landgerichts-Assessor Jung hat bekanntlich in einer Sitzung der National-Versammlung geäußert:

> bei den Ereignissen im Köpnicker Felde am 16. Oktober v. J. solle ein General Geld unter die Arbeiter vertheilt haben.

In der Sitzung weigerte er sich, den Namen zu nennen, und verwies auf die einzuleitende Untersuchung. In dieser ist seine Vernehmung veranlaßt worden und bei dem Interesse, welches die Sache für das Publikum, noch mehr aber für die Armee hat, stehen wir nicht an, das Resultat der angestellten Ermittelungen zu veröffentlichen.

In dem Protokolle vom 28. Oktober p. hat der Herr Jung erklärt:

> in einer am 17. ej. Abends stattgefundenen Versammlung des Bürgerwehrklubbs in Urania, so wie bei einem Gespräch zwischen ihm, dem Präsidenten des Klubbs der Volksrechte, Instrumentenmacher Benary, und dem Dr. med. Schweitzer sei von einem General die Rede gewesen, welcher Geld an die Arbeiter vertheilt haben soll. Dies soll der General von Wrangel gewesen sein, ein Arbeiter habe dies bestimmt behauptet und sich erboten, nachträglich Zeugen dafür zu schaffen.

Der einzige Dr. Schweitzer, welcher beim Polizei-Präsidium gemeldet ist, will von einem solchen Gespräch nichts wissen und weder Jung noch Benary kennen. Letzterer hat allerdings bestätigt, daß am 17ten October, Abends, im Volksklubb ein Arbeiter, der übrigens von Niemanden genannt oder nur näher bezeichnet werden konnte, mit der Behauptung aufgetreten sei, der General von Wrangel habe bei dem Aufruhr Geld unter die Arbeiter vertheilt, und daß er dem Jung hiervon Mittheilung gemacht habe.

Der Landesgerichts-Assessor Jung hat sich mithin nicht gescheut, auf die Aussage eines ihm völlig unbekannten Menschen hin in der hohen Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung eine Beschuldigung auszusprechen, von deren Ungrund er vollkommen überzeugt sein mußte, denn kein nicht Wahnsinniger wird in der That glauben können, daß der General der Kavallerie von Wrangel, der kommandirende General einer Armee von 40,000 Mann, sich in einen Straßentumult begeben und dort an die revoltirenden Arbeiter Geld vertheilen würde.

Daß Herr Jung sich in der Versammlung weigerte, den General zu nennen, ist hiernach erklärlich, Wrangels Name hätte natürlich die Lüge sogleich in ihrer ganzen Nacktheit erscheinen lassen.

Nach den vorstehenden Thatsachen können wir zum Schluß nur die Meinung aussprechen, daß Herr v. Vincke allerdings vollkommen Recht gohaat hat, wenn er es seiner Ehre zuwider hält, sich mit Herrn Jung in einen Ehrenhandel auszugleichen. (N.P.Z.)

— Die Spenersche Zeitung ist so naiv, die Wahlresultate aus den Provinzen und zwar nach so ultra radikalen Blättern zusammenzustellen, wie die „Ostsee-Zeitung" und die „Oderzeitung". Das ist entweder Blindheit oder böser Wille. Die Spenersche Zeitung hat doch bereits in diesen Tagen vollkommen Gelegenheit gehabt, sich hier zu überzeugen, was an dem Siegesgeschrei der Demokraten war. (N.Pr.Z.)

— Die Verhaftung Ruges, in Folge seines heimlichen Aufenthalts hierselbst, der Ausweisungsordre zum Trotz, erregte unter seinen Anhängern große Besorgniß, da man fürchtete, General Wrangel werde ihn vor ein Kriegsgericht stellen. Der General begnügte sich jedoch, Herrn Ruge nach dem Potsdamer Bahnhof eskortiren zu lassen und für seine sofortige Abreise zu sorgen.

— Dr. Löwinsohn hat nun Courage gefaßt, im Teltower Kreise persönlich zu wirken, und zwar trägt er als Schirm und Schild urplötzlich höchst konservative Gesinnungen zur Schau. Seine stehende neueste Redensart ist gegenwärtig: „Der König ist unantastbar, und wehe dem in einem konstitutionellen Staat, der den König beleidigt!" Herr Löwinsohn will sogar den Versuch machen, sich mit besagter Redensart in die Kammer zu schmuggeln, schade nur daß die Teltower Bauern den Hammel kennen. (N.Pr.Ztg.)

— In Krotoschin wurde in der Nacht vor dem Wahltage das Gut des Herrn Bandelow, eines durch seine loyale Gesinnung bekannten, und wegen seines Einflusses von der Revolutions-Partei gefürchtetun Deutschen in Brand gesteckt! An 1500 Schaafe kamen in den Flammen um. Der Zweck wurde erreicht, eine große Anzahl der deutschen Wahlmänner ließ sich einschüchtern. Wer die Braudstiftung verschuldet, darüber herrscht in Folge der vorher ausgestoßenen Drohungen kaum ein Zweifel!

Ratibor, 25. Januar. Galizien ist im Belagerungszustand und so sollten die Einwohner Bialas die Waffen abliefern. Die Bielitzer wollten diese Härte gegen ihre Nachba en in der Schwesterstadt nicht zugeben, und deshalb ist aus Ollmütz und Troppau Militair dahin beordert worden, um die Entwaffnung der Bialer und die Ruhe in beiden Städten zu erwirken. Auch Geschütz ist dahin geschickt worden. (V. Z.)

Frankfurt a. M., 26. Januar. Der Abschnitt vom Reichsrath bildete den Gegenstand der heutigen Berathung der Reichsversammlung. Nachdem die Abgeordneten Schütz von Mainz, Buß von Freiburg gegen, Jahn und Welcker für die Bestellung eines Reichsraths gesprochen hatten, wird die allgemeine Debatte darüber geschlossen. Beseler aus Greifswald spricht für den Antrag des Ausschusses, Schüler von Jena dagegen. Ein auf Ablehuung des Instituts eines Reichsraths lautender Antrag von Wigard wird bei namentlicher Abstimmnng mit 211 gegen 200 Stimmen verworfen.

Dagegen wird von §. 1 der erste Satz:

> „Der Reichs-Rath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten"

angenommen. Der zweite Satz dieses §.:

> „Jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ernennt dazu ein Mitglied mit Ausnahme der vier freien Städte, welche gemeinsam ein Mitglied senden"

und das Minoritätserachten von Waitz, Welcker, Ahrens:

„Statt der beiden ersten Sätze werde gesetzt:

> Der Reichsrath besteht aus 12 Mitgliedern. Preußen, Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Würtemberg und Baden ernennen je ein Mitglied, das 8te die drei Hessen, das 9te Nassau, Luxemburg, Limburg und Braunschweig, das 10te Schleswig-Holstein Lauenburg, beide Mecklenburg und Oldenburg, das 11te die Thüringischen Fürstenthümer, Anhalt, die beiden Lippe, Waldeck (Hohenzollern, Lichtenstein), das 12te die 4 freien Städte"

werden verworfen.

Ein fast gleichlautender Antrag von Arndts und Genossen wird ebenfalls mit 206 Stimmen gegen 204 abgelehnt.

Der dritte Satz des §. 1:

> „Die Ernennung der Mitglieder des Reichsrathes geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände"

wird jedoch angenommen.

Desgleichen werden die

§. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe tritt am Sitze der Reichsregierung zusammen. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Reichsoberhaupt ist.

§. 3. Die Beschlüsse des Reichsraths werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen.

§. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtnng vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hierdurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfs bei dem Reichstage nicht behindert.

§. 6. Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsraths einzuziehen

nach einander angenommen, und somit auch dieser Abschnitt der Verfassung rasch erledigt.

Hierauf begründet Simon von Trier den von ihm eingebrachten, als dringlich erkannten Antrag auf Aufhebung der über den zur Reichsversammlung gewählten Abgeordneten Temme verhängten Haft. Unterstaatssekretair Bassermann erklärt: der preußische Bevollmächtigte habe auf Anregung des Reichsministeriums die beschleunigte Vorlage der betreffenden Akten zugesagt. G. Beseler trägt auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung an. Vogt ist für Simon's Antrag. Nachdem die Versammlung den Antrag Beselers auf molivirte Tagesordnung und den dringlichen Antrag von Simon verworfen, beschließt sie, nach dem Antrage des Reichs-Justizministers, Robert von Mohl, welcher abgerathen hatte, die Freilassung des 2c. Temme ohne Einsicht in die Akten zu veranlassen: das Reichsministerium zu ersuchen, bei der preußischen Regierung die beschleunigte Vorlage der Herrn Temme betreffenden Wahiakten zu beantragen.

Oesterreich.

Wien, 23. Januar. In dem Maße, als das Interesse an Ungarn durch völlige Unterwerfung des Landes abnimmt, steigt dasselbe für die ital. u. Deutschen Angelegenheiten. Man sieht hier dem Einrücken der Armee in die päpstl. Staaten zur Wiedereinsetzung des Papstes im Einverständniß mit den andern Mächten entgegen. In Betreff der Deutschen Angelegenheiten divergiren sehr die Ansichten und Meinungen. — Das Wasser im Donaukanal ist um einige Schuh gefallen und die Besorgniß vor größerem Schaden ist verschwunden; allein es bewährt sich immer mehr, daß der bereits verursachte sehr bedentend ist. — Ein wegen Desertion, Diebstahl und Theilnahme an bewaffnetem Aufruhr stark betheiligter Soldat von Deutschmeister-Infanterie ist gestern erschossen worden. — Die Vertagung des Reichstags, so allgemein sie auch besprochen und durch Zeitungen verkündigt wird, bestätigt sich nicht; vielmehr ist von Personen, die man für sehr wohl unterrichtet halten muß, versichert worden, daß hiervon keine Rede sei. — Aus einem leitenden Artikel im gestrigen Abendblatt des „Lloyd" geht hervor, daß das Ministerium den §. 16 der Grundrechte — die Religionsverschiedenheit begründet keinen Unterschied in den Rechten und Pflichten der Staatsbürger — ohne Vorbehalt und Rückhalt bevorwortete, daß dagegen §. 15 in Bezug auf neu zu erkennende Religionsgenossenschaften (Deutschkatholiken) auf ministerielle Opposition stoßen werde. Ein anderes Blatt spricht von nachstehenden Ministerveränderungen: Minister Kraus, Gouverneur von Galizien; Zalewski, Minister des Unterrichts; Stadion der Finanzen; Bach des Innern; Schmerling der Justiz. — Zum demnächstigen Reichstagssitze sollte Preßburg bestimmt werden. — Die Nachricht, daß Schwarzer sein Mandat als Deputirter niedergelegt habe, wird in dessen eigener Zeitung widerlegt. — Interpellationen sind jene zur Erlassung einer Gewerbeordnung und einer abgrenzenden Norm für die Vertheilung des Grundeigenthums hervorzuheben. — Wie man hört, soll die Wiener Stadthauptmannschaft eine Staatsbehörde, jedoch gänzlich reorganisirt werden. — Die Nachricht von der Auflösung der Ungar. Armee, die im 17. Armee-Bulletin beiläufig mit erwähnt wird, bestätigt sich, so wie,

daß Pazmandy zu diesem Behufe aus Debreczin bereits in Pesth angekommen ist. — In **Triest** ist eine Estafette mit der Weisung angelangt, auf Fluchtversuche Kossuths, seiner Gattin und sechs anderer Rebellenführer strengstens Acht zu haben. — In **Klausenburg** herrscht wieder das magyarische Schreckenssystem. General Bem, der eine Proklamation des Inhalts erlassen hat, daß er die Ruhe und den Frieden in Siebenbürgen herzustellen gekommen sei, hat bereits den Beweis damit geliefert, daß er 17 Individuen aufknüpfen ließ. (Schl. Z.)

Laibach, 22. Jan. Einem so eben hier eingelaufenen Privatschreiben zufolge sollen bei Gelegenheit, als König Carl Albert eine große Truppen-Revue bei Alessandria hielt, die darunter befindlich gewesenen Bataillone der lombardisch-venetianischen Flüchtlinge die Republik ausgerufen haben, worauf der König diese Rebellen durch 12 Stunden mit Kanonen- und Kleingewehrfeuer beschießen ließ. (Laib. Z.)

Verona, 15. Januar. Hierher kommen jetzt bedeutende Transporte von Lebensmitteln; die österreichischen Truppen sind vorzugsweise bei Piacenza koncentrirt, die Linie des Mincio stark mit Artillerie vertheidigt; und auch Castiglione del Stiviere soll zum starken Vertheidigungspunkt umgeschaffen werden.

Was ist eine Republik? Wie steht es in einer Republik aus?

(Vortrag im Verein für König und Vaterland zu Stettin.)

Diese Frage kommt nicht wie vom Zaun gebrochen. Wir haben die Glocken von der Republik läuten hören, wir wissen auch, wo sie hängen. Wir sind im verflossenen Jahre manchmal nahe an die Republik gerathen, besonders bei den Errungenschaften des Märzes, in den Oktober- und Novembertagen. Da durfte das republikanische Ungethüm den offenen Rachen nur ein wenig weiter vorstrecken, nur einmal zuschnappen, es hätte uns Alle verschlungen. Wir haben es Alle erlebt, vor Auge und Ohr ist es aufgedeckt worden, was für ein sauberes Stück Revolution im November v. J. in Berlin spielen sollte, wie die Säcke geleert, wie die Häuser angesteckt, wie die Straßen verrammelt werden, wie die Köpfe fliegen und welche Häupter die abgeschlagenen Köpfe ersetzen sollten, welch' ein Bürgerkrieg in lichterlohen Flammen uns bevorstand. Daher ist es ganz in der Ordnung, obige Frage der Belehrung und Warnung halber zu beantworten, um zu sehen, welch' ein Glück die Weltverbesserer sich selbst und uns zugedacht hatten.

Was ist eine Republik? Die Republik ist ein Staat oder Gemeinwesen, in dem alle Bürger nicht bloß vor dem Gesetze gleich sind, sondern alle auch gleich an Rechten und Pflichten, gleich an Ansehen und Würde, gleich im Gehorchen wie im Befehlen. Niemand darf da zum Andern sagen: Ich bin mehr als Du oder besser als Du; was ich will, mußt Du thun; ich brauche aber nicht zu thun, was Du willst. In der Republik hat Jeder seinen Kopf für sich und setzt ihn daran, um ihn gegen Alle zu behaupten. Ragt ein Kopf über die Andern herüber, so ist er nicht sicher, bald um seinen Kopf gekürzt zu werden. Viel Köpfe, viel Sinne. Jeder maßt sich das Recht an, das er im Grunde auch hat, zu befehlen; er gehorcht nur, wenn die Nothwendigkeit es fordert. Ihr wißt aber, viele Köche verderben den Brei. Daß bei so verschiedenartigen Ansichten und Bestrebungen nichts Kluges herauskommen kann, daß die Republik in einen unseligen Wirrwarr nach dem andern fällt, das kann sich Jeder selbst sagen, der bedenkt, wie es in einem Hause steht, wo viele Herren befehlen, in einer Fabrik, wo die Arbeiter alle Anspruch machen, einander zu beaufsichtigen, in einem Heere, wo statt Eines Generals, zehn mit gleichem Ansehen an der Spitze stehen. Da geht Alles drunter und drüber. Ein solcher Staat ist auf die Dauer unmöglich, Einer würde den Andern auffressen und todtschlagen, kein Leben, kein Eigenthum, keine Ehre, keine Tugend wäre dort geborgen. Soll eine Republik Bestand haben, so ist zweierlei nothwendig:

1) Ein Gesetz, dem Jeder Folge leiste;
2) Ein Kopf, der das Gesetz handhabt, eine vollziehende Gewalt, eine starke Regierung.

Das Gesetz kann gut, kann schlecht sein, danach wird sich auch der Zustand der Republik richten. Der Kopf kann dreierlei Art sein:

1) Entweder die vornehmen, reichen Familien wählen aus ihrer Mitte die Regierung, oder die mächtigste Familie und in dieser der Tüchtigste und Gewaltigste tritt an die Spitze. Das sind die sogenannten Aristokraten, die Republik ist dann eine aristokratische;
2) Oder das ganze Volk bildet durch freie Wahl, an der alle Bürger Theil nehmen, einen Ausschuß, der die Regierung in die Hand nimmt. Das sind die sogenannten Demokraten; die Republik ist dann eine demokratische;
3) oder irgend ein wilder, ungeregelter Volkshaufe mit einem Führer (Demagogen) an der Spitze, wirft sich auf eigene Hand zur höchsten Macht auf und bestellt willkürlich einen Mann nach seinem Sinne zum Gewalthaber und bleibt so lange im Besitz der Macht, bis es einer andern Partei gelingt, jene zu überwältigen. Das sind die Ochlokraten, die Republik ist dann eine terroristische oder despotische; eine Schreckensherrschaft mit Mord und Brand ist davon die Folge.

Der letztgenannte Kopf kann sich natürlich nicht halten; also müssen entweder die Vornehmen oder ein Ausschuß aus dem ganzen Volke den Staat lenken. Die Republik hat also eben sowohl als die Monarchie ein Oberhaupt, nur mit dem Unterschiede, daß die Monarchie ein Haupt hat, die Republik aber viele Häupter, und wenn auch ein Haupt, etwa ein Präsident, an der Spitze steht, so ist diesem der Kopf doch sehr wackelich; denn viele Hunderte beneiden und hassen ihn, viele Hunderte sehnen sich nach der Herrschaft; viele Hände finden sich, die gerne um der Ehre oder des pekuniären Gewinnes willen das Ruder ergreifen möchten. Wer hätte nicht Lust zu regieren, zu kommandiren? Nun bricht der Kampf aus zwischen den mächtigsten, reichsten Familien, es entstehen Parteien, der Bürgerkrieg entflammt. Eine Regierung folgt der andern, bis endlich ein Kluger kommt, wie Napoleon, der sich zum Tyrannen aufwirft, sich zum Diktator, Konsul, ersten Konsul, zum Kaiser machen läßt. Und das ist dann ein Glück für die Republik. Denn die Menschen halten es auf die Dauer nicht aus. Es ist auch nicht wahr, daß die Republik der natürlichste Staat oder der nothwendig endlich zu erzielende Staat ist; der Hausvater war und ist immer Herr nnd König in seiner Familie, er wird es immer sein auch in einer Republik. Zwei Hausväter neben einander wären ein Unding. Gehen doch nicht zwei Uhren, schlagen doch nicht zwei Herzen, denken doch nicht zwei Köpfe gleich. Die älteste Regierung war die patriarchalische, hausväterliche. Daraus gingen die Fürsten hervor als Heerführer im Kriege, als Richter und Regenten im Frieden. Alle Republiken, die sich heute noch halten, bestehen nur dadurch, daß sie noch einen Schatten von Monarchie, eine Einheit in der Macht, in der Regierung und Verwaltung haben, wie die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Eine Republik wie die Schweiz, ist ein trauriges Gemisch von Ordnung und Unordnung; hielten dieses Land nicht seine Riesenknochen, seine himmelanstrebenden Felsen, die jeden Krieg erschweren, zusammen, es wäre schon längst mit seinen 22 Kantonen, in denen die verschiedensten Verfassungen bestehen, zerfallen. Andere Staaten, die eine kurze Zeit Republik hatten, sehnten sich, in der Monarchie wieder zur Ruhe zu kommen. So eben jetzt Frankreich, wo man nur hauptsächlich aus diesem Grunde Louis Bonaparte zum Präsidenten gewählt hat, weil man sich an den monarchischen Namen Napoleon, der noch immer die meiste Popularität hat, anzuklammern sucht. Und doch wollen die Demokraten uns mit einer französischen Republik beschenken, ohne zu wissen oder zu bedenken, wie es eigentlich um die Republik steht.

Herrscht dort die Willkür? darf Jeder thun, was ihm beliebt? Giebt es dort keine Arme? Zahlt Niemand Steuern? Findet sich Arbeit in reichlichem Maße? Geht Handel und Gewerbe besser? Gedeiht fröhlicher Kunst und Wissenschaft und Religion? Steht der Ackerbau, Bergbau, die Schifffahrt in höherer Blüthe. Verdient der Arbeitsmann einen Groschen Tagelohn mehr? Wird dem Handwerker seine Arbeit besser bezahlt? Sind da weder Arme, noch Reiche? Haben Alle gleichviel? Hungert, dürstet und friert dort Niemand? Essen sie Alle an einem Tische, aus einer Küche? Ist dort Alles glücklicher, als unter der Regierung eines weisen, milden und gerechten Fürsten? Ist dort das Paradies zu finden? Nein, sage ich, und aber nein; ich weiß davon mitzusprechen; weiß, wie es in einer Republik vom neusten Schnitt aussieht, ich habe sie gesehen, und eine Republik, von welcher eben die, welche noch nie die Nase hineingesteckt haben, glauben und behaupten, das sei eine rechte, wahre, excellente Republik.

Was habe ich gesehen? Ein schönes, blühendes, reich gesegnetes, ein durch seine Lage überaus glückliches, in jeder Hinsicht bevorzugtes Land. Denn das ist Frankreich. Die Leute haben ihre eigenthümlichen, französischen Gesichter, sonst waren sie, wie bei uns, Bürger, Bauern, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, Gelehrte; Hohe und Niedrige, Reiche und Arme, Glückliche und Unglückliche, Prasser und Bettler, Müssiggänger und Herumtreiber, wie fleißige und ordentliche Leute. Das habe ich zuerst gesehen.

Gehört aber habe ich Klagen überall über die ungewöhnliche Stockung im Handel und Wandel und Gewerbe, über den Arbeitsmangel, Geldmangel, über den befürchteten Staatsbankerott, über die um 45 Centimes (etwa ½ Franc) erhöheten Steuern, über die allgemeine Furcht vor den rothen Republikanern, über das durchgehende Mißtrauen, den Mangel an Kredit, den Uebermuth des ungezügelten Volkes, den Mangel an polizeilicher und gesetzlicher Kraft außerhalb Paris, über den Belagerungszustand in demselben, über die Hemmung des Verkehrs, über Noth und Elend an allen Ecken und Enden.

Gesehen habe ich trübe, blasse, lange und langweilige Gesichter in den Kaufläden ob der fehlenden Käufer, spazierende Bürger und Arbeiter, Posten stehende Handwerker und Kaufleute; hin und wieder verbrannte Häuser und Dörfer, über deren Trümmern, wie zum Spott, die dreifarbige Fahne flatterte, die Spuren aufgerissener Eisenbahnschienen, verkohlte Eisenbahnhütten, in Paris mit Kanonen eingeäscherte ganze Straßen, deren Häusern die Rippen und Eingeweide heraushingen, wie einem aufgeschlitzten Magen, entweihete Pantheons, Kirchen und Paläste, auf öffentlichen Plätzen Lager, im Pantheon Lager, im Louvre Lager, in den Tuilerieen, im Palais Bourbon, im Luxemburg, in den Vorstädten Lager; die Straßen wimmelnd von Militär, Mobilgarde, Nationalgarde.

Gehört habe ich Seufzer über Seufzer über die Republik, die laut ausgesprochene Sehnsucht nach einem bessern Zustande, die unverholen geäußerte Furcht vor dem nahebevorstehenden Umsturz der bestehenden Regierung, den heißen Wunsch nach einem kräftigen Manne, der den Strom der Unordnung wieder in das rechte Bette bringen möchte. Mit der Republik war, soviel ich gehört, Keiner zufrieden. Ihr in Deutschland wollt Republik machen, sagten sie, nehmt sie mit euch, ihr sollt sie umsonst von uns haben.

(Schluß folgt.)

Getreide-Bericht.

Stettin, 29. Januar.

Weizen, 52¾ Thlr. von Schlesien schwimmend bezahlt.

Roggen, pro Frühjahr für 82pfünd. Waare 27¾ Thlr., und für 86pfünd. 28 Thlr. bez.

Gerste, 22—26 Thlr., und

Hafer, 15—16½ Thlr. bez.

Leinöl, 10 Thlr. incl. Faß bez.

Rüböl, rohes, in loco 12½—12⅔ Thlr., pro Janr. und Febr.—März 12⅙ Thlr., pro April—Mai 11 19/24 Thlr., pr. Mai—Juni 11⅓ Thlr., und pro Sept.—Okt. 11⅙ und 11⅓ Thlr. bezahlt.

Spiritus, roher, pro Frühjahr 22¼ % mit Faß, und pro Juni 20¾ % bezahlt.

Zink, schles., 4⅔ Thlr. schwimmend bez. aus Schlesien.

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schultz & Comp.

Januar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	29	331,21‴	333,15‴	335,26‴
Thermometer nach Réaumur.	29	+ 1,5°	+ 2,0°	— 0,5°

Beilage.

Beilage zu No. 25 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Dienstag, den 30. Januar 1849.

Deutschland.

Dresden, 23. Januar. Die Debatten über die Deutsche Oberhauptsfrage in der 1sten Kammer wurden mit fast derselben Entschiedenheit und Bitterkeit gegen Preußen geführt, als in der 5ten. Nur ein Redner Dufour Forbach sprach für das Kaiserthum; denn Deutschlands Einheit sei das erste, was man erstreben müsse. Minister v. d. Pfordten wiederholte so ziemlich, was er in der 2ten Kammer geäußert. Nur in Bezug auf eine Aeußerung des Antragstellers in Betreff des in Folge des Raveaux'schen Antrags von der Nationalversammlung am 24. Mai v. J. gefaßten Beschlusses legt er eine Art Verwahrung ein, daß aus dem Stillschweigen der Regierung über diesen Beschluß nicht seine Annahme gefolgert werden könne, indem die Sächsische Regierung unverrückt den Grundsatz festgehalten habe, daß die Nationalversammlung blos der eine Faktor bei der zu erzielenden Reichsverfassung rücksichtlich der Einzelstaaten sein könne und daß demnach den Ministern der durch die Verfassung geleistete Eid nach §. 2. der Verfassungsurkunde verbiete, die Beschlüsse der Nationalversammlnng anders als erst nach erfolgter Vereinbarung mit den Sächsischen Ständen in den Sächsischen Landen in Gesetzeskraft treten zu lassen. Bedeutungsvoll waren des Ministers Schlußworte, die etwa so lauteten: „Als Rechtsgelehrter, als Minister, der seinen Eid geschworen, noch ehe das Parlament zusammengetreten, und wenn ich mein Gewissen frage, so darf ich dem Parlamente nicht allein das Recht einräumen, für Sachsen Gesetze zu erlassen. Aber als ich Minister geworden, habe ich nicht aufgehört Deutscher zu sein. Ich weiß nicht, ob ich noch in diesen Collisionsfällen sein werde, wenn der Tag der Entscheidung gekommen sein wird."

Frankfurt, a. M., 25. Januar. Wir müssen noch einmal auf die vorige Abstimmung über die Erblichkeit der Oberhauptswürde zurückkommen. Wir wissen, daß wir einen Sieg von unberechenbarer Wichtigkeit an jenem Tage nicht gewonnen; aber es fehlt viel, daß unsere Gegner diesen Sieg gewonnen hätten. Alles zusammengenommen, was so viele verneinende Stimmen in dieser Frage zufällig auf einen Haufen zusammenwehte, so ist die relative Majorität, welche die Erblichkeit davon trug, einer absoluten fast gleich zu achten. Sie ist die sichere Verheißung, daß in zweiter Lesung die absolute für uns werde gewonnen werden. Ueber den Werth des Verdienstes, bei der ersten Lesung dies Resultat vereitelt zu haben, sind wir im Stande, unsern Gegnern einige charakteristische Winke zu geben. — Auf der Diplomatentribüne befand sich am 23. d. M. auch der Dänische, der Französische und der Englische Gesandte. Baron Dirkink-Holmfeld vergaß den Diplomaten bis zu dem Grade, daß er sich in rein Dänischer Freude über das Resultat der Abstimmung ausließ. Hinter glücklicheren Formen wußte der Gesandte der jungen Republik seine Freude zu verbergen; aber mit ernstem Wort beklagte Lord Cowley den traurigen Ausgang des Tages.

Frankfurt, 23. Januar. Wie man vernimmt, steht der Kommodore Parker, kaum erst über Berlin hier eingetroffen, im Begriffe, nach Nordamerika wieder abzureisen, doch nicht auf direktem Wege. Der Kommodore wird aber allsogleich nach der Wahl des neuen Präsidenten in Washington mit den deutschen Dampffregatten unter Segel gehen und hoffentlich zeitig genug an der norddeutschen Küste erscheinen. In der Marineabtheilung des Handelsministeriums herrscht unausgesetzt besondere Thätigkeit und man überläßt sich der Hoffnung, daß diese bis zum nächsten Frühjahre sehr fruchtbringend sein werde. (D. Ztg.)

Frankfurt, 23. Januar. In der Handelwelt soll es überrascht haben, daß die preußische Staatskasse auf sie von der Reichskasse gezogene Wechsel, deren Betrag indessen nur bis zu 40,000 Thaler angegeben wird, mit Protest habe zurückgehen lassen. Wenn sich diese Angabe wirklich bestätigt, so kann dazu nur ein formeller Grund vorhanden sein, denn die preußische Regierung hat sich nicht allein bereit erklärt, ihre Matrikularbeiträge zu liefern, sondern auch für andere deutsche Regierungen, wenn es sein muß, Vorschüsse zu leisten. (D. Ztg.)

Italien.

Rom, 16. Januar. Eine Deputation von vier Pfarrern, welche der Klerus der Stadt Rom nach Gaeta schickte, um sich von Sr. Heiligkeit Verhaltungsmaßregeln zu erbitten, kehrte in diesen Tagen von dort zurück. Pius erklärte ihnen, daß ihr Verhalten ihnen klar genug vorgeschrieben sei; daß sie für die möglichste Verbreitung der Exkommunikationsandrohung aus allen Kräften zu sorgen hätten; daß er übrigens nur mit Hülfe fremder Truppen nach Rom zurückkehren werde. Auf die Frage, wann dies geschehen werde, und die Bitte, schleunigst dem unseligen Zustande Roms ein Ende zu machen, erwiederte der Papst, bis zum Tage von Petri Stuhlfeier werde man in Rom Näheres erfahren. Dieser Festtag ist übermorgen, und gerade auf übermorgen setzt auch ein allgemein verbreitetes Gerücht die Ankunft fremder Truppen an. Es scien Spanier dazu bestimmt, die bereits in Gaeta seien; dieselben hätten sich mit Neapolitanern, wohl Schweizer Truppen, zu vereinigen und auf Rom zu marschiren, doch wohl zur See bis Civitavecchia transportirt? Uns scheint die genaue Angabe des Tages noch etwas voreilig.

Großbritannien.

London, 22. Jan. Der Liverpooler Verein für Finanzreform, der die Kosten der einzelnen Departements der Staatsverwaltung in einer Reihe allerdings oft einseitig aufgefaßter Broschüren beleuchtet, kritisirt in seinem letzten Heftchen das Departement der Staatsforsten und berührt diesmal einen wunden Fleck, wie selbst die Times, welche den neuen Finanzreformen im Ganzen abhold ist, zugesteht. Die vier großen Staatsforsten Newforest, Waltham, Whittlewood und Whychwood haben einen sehr bedeutenden Werth (der des Newforest wird allein auf 942,000 Lstr. oder 32,970 Lstr. jährlich veranschlagt), bringen aber dem Lande so gut wie gar nichts ein, kosten ihm sogar zum Theil noch Geld. Im letzten Jahre trug Whittlewood 1 Lstr. 3 Sch. ein, Whychwood 123 Lstr., Waltham 352 Lstr., während sie bei gehöriger Bewirthschaftung und ohne übermäßige Holzschläge 4—5000 Lstr. einbringen könnten. Die größte Newforest bei Windsor, wurde im Jahre 1847 sogar mit einem Verluste von 3266 Lstr. bewirthschaftet. Die Verwaltung dieser Forsten ist aber auch höchst kostspielig. Alle vier stehen unter der Aufsicht von Lordoberförstern, Newforest unter dem Herzoge von Cambridge, Waltham unter Lord Mornington, Whittlewood unter dem Herzog von Grafton (die drei letzten Würden sind erblich), und sämmtliche Lordoberförster haben freie Jagd, freie Weide und Streulese in den ihnen zugewiesenen Forsten, und behandeln sie im Uebrigen ziemlich wie ihr Privateigenthum.

— Mr. Punch hat das große Glück gehabt, eine treue und würdige Freundin zu gewinnen, die ihm seinen Thee einschenkt, seine Butterschnitten röstet und ihm ihre Ansicht über Welt und Menschen mit großer Offenheit mittheilt. Miß Benimble, so heißt das sinnige Wesen, welches ihr sensitives Dasein um die Schönheitslinien der Gestalt ihres Punch zu schlingen sich entschlossen hat, ist keine große Styl- und Sprachkünstlerin; dies hat Mr. Punch nicht abgehalten, des tiefen Sinnes wegen von ihr die leitenden Artikel seiner weltberühmten Zeitschrift schreiben zu lassen. In einem derselben äußert sich Miß Benimble also über den französischen Chimpanzee und den französischen Präsidenten: Oh! Es ist' wunderbar! und oft habe ich darüber spintisirt, wenn ich mit meinem Sonnen-Parapluie die verschmitzten Thiere in den Theological Gardens neckte, welche Vernunft in einem Affen steckt. So wahr ich in Pimliro wohne, sie sind so gescheidt, wie der beste Christ, wenn sie ihre Unarten machen! Es ist wirklich merkwürdig, daß die Franzosen gerade vor allen andern Völkern so wenig von ihnen wissen! Wenn solch ein Franzose nur ein Bischen sich selbst kennte, würde er einen Affen um Alles in der Welt als einen armen Verwandten betrachten, dem nur die Sprachartikel fehlen. Und was, Mr. Punch, muß ich in meiner Zeitung lesen: „Der Chimpanzee, welcher sich seit fünf Monaten im naturhistorischen Museum befindet, ist gestorben, weil er die Kälte nicht ertragen konnte." Ja, aber welche Kälte? nicht die Kälte von Frankreich, sondern die Kälte der Franzosen hat die gefühlvolle zarte Pflanze getödtet. Natürlich erwartete die arme Kreatur, daß man den Präsidenten aus ihr mache, und konnte sich auch nicht einfallen lassen, daß man ihr diesen Ludwig Napoleon vorziehen werde. Denn sehen Sie. Mr. Punch, wie für uns der britische Löwe, ist für die Franzen der pariser Affe das National-Thier. Der Affe hatte ein Recht auf den Fauteuil, was, wie Sie wissen, die französische Politik für Präsidentenstuhl ist. Kann Ludwig auf einem Pferde reiten, so kann Chimpanzee eben so gut auf einem Kameel hocken. Und während Ludwig Reden hält und, was noch mehr ist, Briefe schreibt, kann Chimpanzee keine Sylbe, und gälte es sein Leben, herausbringen, und keinen Hahnenfuß aufs Papier schmieren, und man wäre gesichert vor allen üblen Folgen. Und dann denken Sie an Chimpanzees Würde! So ein Affe, mit seinen Augen so gescheidt wie 'ne Parlaments-Acte, muß klüger aussehen, als sechs Richter, mit und ohne Perrücken. Chimpanzee hätte einen großen Vorzug vor Louis gehabt, um der verkörperte Ausdruck des französischen Publikums zu sein, und der arme Affe fühlte dies ohne Zweifel und starb an der Ballotage!

Aegypten.

Alexandrien, 8. Jauuar. Abbas-Pascha, der nach Konstantinopel zur Belehnung gegangen, hat Befehl gegeben, die Staatsausgaben möglichst zu beschränken, ebenso die kostbaren Fabriken und andere mehr dem Luxus und der Eitelkeit des Herrschers als dem allgemeinen Wohle dienenden Anlagen, welche Mehemed-Ali zu einem künstlichen Leben, ohne Blüthe und Frucht, gerufen hat.

Die Reaktion!

ist das Stichwort, mit welchen alle Handlungen derer bezeichnet werden, die nicht den Umsturz und eine Pöbelherrschaft wollen.

Reaktionäre sind mithin diejenigen, die sich den Anti-Reaktionären, welche die Anarchie wollen, um rauben, morden, brennen und sengen zu können, gegenüberstellen.

Zwischen beiden steht massenhaft ein Pflegma, das Korps der Einsichts- und Gesinnungslosen, welches betäubt von dem Zeter-Mord-Geschrei! „Reaktion! Reaktion!" sich, den unschuldigen Kaninchen und den harmlosen Vögelchen gleich, den Klapperschlangen in den Rachen stürzt.

Zwei große Fraktionen sind aus der hohen politischen Entwickelung der Hauptstadt Preußens, dieses Sitzes der Intelligenz, hervorgegangen.

Man denke nicht, sie gehörten den Torys, den Whigs, den Chartisten, den Doktrinärs oder Legitimisten an; keinen von allen diesen, sie heißen „Reaktionäre" und als Gegensatz „Antireaktionäre."

Die ersteren verlangen bürgerliche Freiheit innerhalb der gesetzlichen Schranken, die letzteren wollen keine Gesetze, weil Zügellosigkeit ihnen Freiheit dünkt.

Erstere fordern Schutz für das Eigenthum und die Person, verlangen Ordnung und eine geregelte Rechtspflege.

Letztere erkennen kein Eigenthum an, verlangen Ungestraftheit für ihre Genossen, lieben den Tumult und wollen Volks-Justiz.

Erstere bestreben sich das Bestehende zu erhalten, letztere es zu zerstören.

Erstere erkennen einen ewigen Gott im Himmel und einen erblichen König auf Erden an, letztere lästern beide und wollen das Chaos wie im Himmel so auf Erden.

Erstere nennen Räuber, Betrüger und Lügner: „Schurken," letztere bezeichnen diejenigen, welche einen historischen Namen haben, mit dem Worte: „Junkerthum."

Die sogenannten Reaktionäre bestehen aus Personen, die Etwas sind und Etwas haben, die Antireaktionäre sind Personen, die Nichts haben und Nichts sind. Erstere gehören allen Volksklassen an, letztere bestehen größtentheils aus reformirten und getauften Juden, ehrgeizigen Justiz-Beamten und aufgeblasenen Schullehrern und so weiter, siehe das Verzeichniß der Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. (N. Pr. Ztg.)

Bürgerwehr-Klub.

Versammlung Mittwoch den 31sten Januar, Abends 8 Uhr, im Schützenhause. Tagesordnung: 1) Bildung eines Ausschusses, um Vorschläge für die Offizierwahlen in der Bürgerwehr zu machen. 2) Weitere Besprechung des Bürgerwehrgesetzes.

Der Vorstand.

Officielle Bekanntmachungen.

Publicandum.

Nachdem die im Jahre 1847 erschienene Auflage der Arznei-Taxe vergriffen ist, habe ich unter Berücksichtigung der seitdem eingetretenen und der jetzt nothwendig gewordenen Aenderungen in den Taxpreisen eine neue Auflage der Arznei-Taxe ausarbeiten lassen, welche mit dem 1sten Februar 1849 in Wirksamkeit tritt.

Berlin, den 23sten Dezember 1848.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
(gez.) v. Ladenberg.

Mit Bezug auf vorstehendes Publikandum, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß Exemplare der neuen, mit dem 1sten Februar c. in Wirksamkeit tretenden Arznei-Taxe zum Preise von 10 Sgr. für das Exemplar bei dem Vorsteher unserer Kanzlei, Hauptmann Brandt hierselbst, zu haben sind.

Stettin, den 25sten Januar 1849.

Königliche Regierung; Abtheilung des Innern.

Publicandum

In unserem Depositorio befindet sich das am 12ten August 1792 aufgenommene und niedergelegte wechselseitige Testament des invaliden Dragoners Johann Behrend und seiner Ehefrau Anne Regine Sannen, ohne daß von da ab bis jetzt weder die Publikation von Jemandem nachgesucht, noch sonst von dem Leben oder dem Tode der Testatoren etwas Zuverlässiges bekannt geworden wäre. Es werden daher alle diejenigen, welche ein Recht, auf die Publikation anzutragen, nachweisen können, aufgefordert, sich zur Nachsuchung der Publikation binnen sechs Monaten zu melden, widrigenfalls das Testament nach Maßgabe der Vorschriften des Allgem. Landrechts, Theil 1., Tit. 12, §. 219 ff. von Amtswegen eröffnet werden wird.

Gollnow, den 6ten Januar 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Literarische und Kunst-Anzeigen.

Bücher zu außerordentlich wohlfeilen Preisen, vorräthig in der Gesellius-schen Buchhandlung zu Berlin, Kurstraße No. 51:

Bobrick, Handbuch der praktischen Seefahrtskunde. 4 Bde. mit vielen Kupfern und Abbildungen der Flaggen. 1848 erschienen (das beste bis jetzt erschienene Werk hierüber). Ladenpreis netto 20 Thlr., für 6½ Thlr.

Ruge's sämmtliche Werke. 10 Bde. für 5⅔ Thlr.

Pierer's Conversations-Lexikon. Neueste Auflage. 34 Bde., fein Papier, statt 35½ Thlr., für 19 Thlr.

Todesfälle.

Heute früh um 6 Uhr verstarb unsere innigstgeliebte Tochter Elise in einem Alter von 9 Jahren, was wir Verwandten und Freunden tief betrübt anzeigen.

Stettin, den 29sten Januar 1849.

L. Politz und Frau.

Auktionen.

Nachlaß-Auktion.

Am 7ten und 8ten Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, sollen in der Altbauer Hollmichel'schen Wohnung zu Wildenbruch verschiedene Gegenstände, als: Kühe, Tauben, Hühner, Ackergeräthschaften, Flachs, Kartoffeln, Getreide, Backobst, Betten und Leinenzeug, Spinde, Uhren, Stühle u. s. w., öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung verkauft werden.

Bahn, den 26sten Januar 1849.

Krey, Registrator.
v. c.

Auction.

Am Donnerstag den 1sten Februar, Morgens 11 Uhr, sollen im großen Packhofs-Magazin 7 Ballen wenig beschädigte neue süße Sicil. Mandeln durch den Mäkler Herrn Gaebeler meistbietend verkauft werden.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.

Es werden alle diejenigen, welche an folgenden Forderungen und angeblich verloren gegangenen Dokumenten:

1) an dem Contobuch der Stettiner Sparkasse Littr. X. pag. 42 No. 41,083 des Hausknechts Heinrich Retzlaff über von demselben eingezahlte 24 Thlr. und 5 sgr. Zinsen;
2) an der Obligation des Schlossermeisters George Christian Heinrich Lüders vom 16ten Juli 1838 über 200 Thlr., welche auf das sub No. 314 der hiesigen kleinen Papenstraße belegene, im Hypothekenbuch Vol. III. Fol. 168 verzeichnete Haus des Lüders Rubr. III. No. 14 für die verehelichte Unteroffizier Haase, Eleonore, geb. Kleebusch, in Folge der Verfügung vom 27sten Juli 1838 eingetragen sind;
3) an den Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien Littr. B. No. 11,991 über 200 Thlr., Littr. A. No. 20,090 b. über 100 Thlr., Littr. B. No. 11,202 a. über 100 Thlr., nebst den im Mai 1847 noch nicht fällig gewesenen Zinscoupons und Dividendenscheinen des Justiz-Commissar Valentin zu Berlin;
4) an dem Conto-Buche der Stettiner Spar-Kasse Littr. W. pag. 924, No. 40,847 des Instrumentenmachers Georg Luppold über von demselben im Jahre 1846 eingezahlte 100 Thlr. und 23 sgr. 6 pf. Zinsen davon, welches Buch, nachdem im Jahre 1847 10 Thlr. von der genannten Sparkasse zurückgezahlt waren, noch über 90 Thlr. 23 sgr. 6 pf. gültig ist;
5) an dem Sparkassenbuch Littr. X. pag. 857 No. 42,714 des Lazarethwärters Johann Friedrich Seegert über von demselben im Jahre 1847 eingezahlte 90 Thlr., welches Buch, nachdem im Jahre 1847 45 Thlr. zurückgezahlt worden, noch über 45 Thlr. gültig ist;
6) an der Obligation des Eigenthümers Daniel Friedrich Wolff vom 26sten September 1846 über 500 Thlr., welche in das Hypothekenbuch von Grabow des Vol II. S. 471 verzeichneten vollständigen erblichen Nutzungsrechts einer zu dem Bauerhofe No. 1 a. in Grabow gehörigen Parzelle von 92 Quadratruthen und 7½ Quadratfuß nebst darauf erbauten eigenthümlichen Wohnhauses, früher No. 45 a, jetzt No. 45 d, Rubr. III. No. 15 für die Wittwe des Schiffsstauers Stechow, Friedericke Louise, geb. Bratz, laut Verfügung vom 6ten Februar 1847 eingetragen sind;
7) an dem Conto-Buche der Stettiner Spar-Kasse Littr. Y. pag. 764 No. 44,527 der Emilie Richter über unter dem 24sten November 1847 und 19ten Januar 1848 eingezahlte 25 Thlr. und 25 Thlr. nebst 2 sgr. 1 pf. Zinsen,

als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- und sonstige Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, sich binnen 3 Monaten und spätestens im Termine den 30sten März 1849, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Assessor v. Wiestersheim auf unserer Gerichtsstelle zu melden, widrigenfalls sie mit allen ihren Ansprüchen an die Forderungen und Dokumente präkludirt, dieselben auch für mortifizirt erklärt und beziehungsweise gelöscht werden sollen. Stettin, den 28sten November 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Ein Haus, worin ein Viktualien-Handel betrieben wird, ist zu verkaufen. Näheres Rosengarten 297 beim Wirth.

Das am neuen Markt No. 24 belegene Haus soll sofort aus freier Hand verkauft werden. Die Kaufbedingungen sind daselbst 3 Treppen hoch zu erfahren. Unterhändler werden verbeten.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Die ersten

ger. Strals. Flickheringe

empfing per Post und empfiehlt, wie große Schweizer Sahnenkäse, a Stück 6, 5 und 4 sgr.

Carl Stocken,
gr. Lastadie 217 (früher Mayer'sche Apotheke).

Feinste Tisch-Butter,
a Pfd. 6 sgr.,

gute Koch-Butter, a Pfd. 5 sgr.; feinstes Amerikan. Schmalz, a Pfd. 6 und 5 sgr.; gute Sardellen, a Pfd. 4 sgr., empfiehlt

Erhard Weissig.

Eine gute Drehrolle ist billig zu verkaufen Mönchenstraße No. 469.

Vermiethungen.

Eine freundliche Stube mit Möbeln ist zum 1sten k. M. zu vermiethen Baumstraße 1022.

Breitestraße No. 372 ist die 4te Etage zu Ostern d. J. zu vermiethen.

Mönchenstr. 459/60 ist ein Laden sogleich zu vermiethen.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Das eben beendigte Jahr, reich an großen und schweren Ereignissen, hat auch das Versicherungs-Geschäft ungewöhnlich berühren müssen.

Ein namhaftes Ausscheiden von frühern Mitgliedern aus der Gesellschaft ist die nothwendige Folge davon gewesen. Außergewöhnliche Todesfälle, durch Selbstmord, Cholera, Typhus u. s. w. haben die Gesellschaft betroffen. Die Anmeldungen zu neuen Versicherungen sind gegen frühere Jahre geringer, und dieserhalb ergiebt sich auch nur ein unerheblicher Zuwachs.

Ende 1847 war ein Bestand von 6415 Personen mit 7,593,700 Thalern, und Schluß 1848 zeigen sich 6486 Personen mit Sieben Millionen 604,900 Thalern versichert. Von Todesfällen wurden 170 Personen mit 209,900 Thalern angemeldet.

Es ist daher die Mittheilung um so erfreulicher, daß selbst für das Jahr 1848 eine gute Dividende erübrigt werden wird, und daß die Gesellschaft keine Verluste, weder an Kapital noch an Zinsen zu erleiden gehabt hat; eine Auszeichnung für die bis jetzt dieselbe gute Aussicht bleibt.

Geschäfts-Programme und Antrags-Formulare ertheilen die Herren Agenten der Gesellschaft, so wie Unterzeichneter (Spandauer Brücke No. 8) bereitwilligst und unentgeldlich.

Berlin, den 17ten Januar 1849.

Lobeck, General-Agent.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerken, daß Geschäfts-Programme bei uns unentgeldlich ausgegeben werden.

Die Haupt-Agenten der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Fr. Pitzschky & Co.

Kuhstraße 280 ist die 2te und 3te Etage, jede von 4 bis 6 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten April miethsfrei. Auf Verlangen kann auch Pferdestallung für 2 bis 4 Pferde beigegeben werden.

Große Wollweberstraße No. 579 ist die 3te Etage, von 4 Stuben, Alkoven nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermiethen.

Eine Parterre-Vorderstube ist Breitestraße No. 358 zum 1sten April 1849 zu vermiethen.

In dem Hause Mönchenstraße No. 605/6 ist die 3te Etage, bestehend aus 5 heizbaren Zimmern nebst allem Zubehör, zum 1sten April d. J. zu vermiethen.

Breitestraße No. 365 ist die dritte Etage von Ostern 1849 ab zu vermiethen.

Eine freundlich möblirte Vorderstube ist billig zu vermiethen große Wollweberstraße 595. Das Nähere bei Engelien.

Breitestraße 366 ist die zweite Etage, bestehend in 3 Stuben, Entree und sonstigem Zubehör, zu vermiethen.

Bollwerk No. 1093 ist die 2te Etage, bestehend aus 8 heizbaren Zimmern, zum 1sten April d. J. zu vermiethen. Näheres beim Wirth Neuetief No. 1065.

Kuh- und Breitestraßen-Ecke No. 286 ist die dritte Etage, bestehend aus 5 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermiethen.

Mönchenstraße No. 469 ist die 2te und 4te Etage, bestehend aus 3 Stuben, Kabinet und Zubehör, zum 1sten April c. miethsfrei.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Eine Aufwärterin, die gute Empfehlungen nachweisen kann, wird zum 1sten Februar gesucht. Zu melden in der Expedition d. Bl.

Ein gebildetes junges Mädchen sucht zu Ostern oder gleich eine Stelle als Pflegerin und Gesellschafterin einer Dame; auch würde sie die Sorge für den Haushalt einer Familie oder eines ältlichen Herrn übernehmen können, da sie auch in diesem Fache bereits erfahren ist. Nähere Auskunft ertheilt die Ztgs.-Exped.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Stadt Paris, Mönchenstraße.

Zum Besuche meines neu und sehr freundlich eingerichteten Restauration-Lokals so wie zur Theilnahme an meinem Mittagstische, a Monat 4 Thlr., lade ich ganz ergebenst ein.

René.

Sonnabend, den 10. Februar

Maskenball

im Schützenhause zu Grabow.

Ich beabsichtige, am 10ten Februar einen Maskenball zu arrangiren, wozu ich Theilnehmer ergebenst einlade. Entree, für Lokal und Tanz, für jeden Herrn 12½ Sgr. Einlaß-Karten sind bei mir sowohl, wie bei Herrn T. Malchow, Heiligegeiststraße 220, gegenüber dem Schützenhause, zu haben. Ohne Entree-Karte ist der Eintritt in den Saal nicht gestattet.

C. Malchow,
Besitzer vom Schützenhause zu Grabow.

Am 26sten d. ist in der Unterwiek No. 29 ein junger schwarzer Newfoundlandhund abhänden gekommen. Dem Wiederbringer eine angemessene Belohnung.

Lichtbilder

werden täglich angefertigt auf Neu-Tornei No. 7 bei W. Stoltenburg.